

„Volksaufstand“ aus der RIAS-Retorte

Zu Ursachen und Hintergründen des 17. Juni 1953

Über den 17. Juni 1953 ist viel spekuliert worden. Bundesdeutsche Politiker behaupten, es habe sich um einen Volks- oder Arbeiteraufstand in der DDR gehandelt. Statt dagegen anzugehen, übernahmen führende Berliner PDS-Funktionäre ohne Widerspruch die von der SPD vorgegebene Interpretation der Ereignisse. Sie steht in der Präambel des ersten Koalitionsvertrages und war der Eintrittspreis für den „rot-roten Senat“. Auch die seinerzeitige Version der SED-Führung, es habe sich um einen faschistischen Putsch gehandelt, trifft wohl so nicht zu.

Die innenpolitische Situation in den sozialistischen Ländern war nach Stalins Tod am 5. März 1953 unübersichtlich geworden. Es fehlte an einer klaren Orientierung. In der Sowjetunion spielten sich interne Machtkämpfe ab. Eine Schlüsselfigur hierbei war das für Sicherheitsfragen zuständige Politbüromitglied L. P. Berija. Er war bereit, die DDR für einen entsprechenden Preis zu verschachern. Sein enger Mitarbeiter Sudaplatow erklärte 1993, es habe einen sogenannten Berija-Plan gegeben, nach welchem alle Auslandskontakte Moskaus genutzt werden sollten, um das Gerücht zu verbreiten, die UdSSR sei in Sachen deutsche Einheit zu weitgehenden Kompromissen bereit. „Berija glaubte, durch das Gerede von einem neutralen Deutschland in einem Kuhhandel 10 Milliarden Dollar zum Wiederaufbau der UdSSR zu erhalten. Die DDR war ein zur Disposition gestelltes Objekt.“ Der seinerzeitige DDR-Minister und spätere Publizist Fritz Selbmann schrieb dazu: „Oft wurde der 17. Juni 1953 als ‚Tag X‘ bezeichnet. Dieser war großangelegt, wenn auch im Detail nicht durchdacht. Es handelte sich darum, auf dem Territorium der DDR die alten klassischen Kapitalismusverhältnisse wiederherzustellen. Es war die Zeit, als die von John Foster Dulles angestrebte Politik eines ‚Roll back‘, also des Zurückdrängens des Einflusses des sozialistischen Weltsystems, wie es sich nach 1945 herausgebildet hatte, ihren ersten großen Anlauf nahm.“

Damit sollte erreicht werden, ein Vorschreiten der DDR in Richtung Sozialismus zu verhindern. Der „Tag X“ war Bestandteil des politischen Programms der westdeutschen Reaktionäre. Man wollte ihn ursprünglich schon im Herbst 1952 realisieren. Der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ beim Bonner Minister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser (CDU) beteiligte sich aktiv an den Vorbereitungen.

Heute weiß man, wie eng das Netz westlicher Geheimdienste auf dem Territorium der DDR im Jahre 1953 geknüpft war. Allein die CIA hatte dort 1500 ihrer Leute stationiert. Der westdeutsche BND war ebenfalls nicht untätig. Seine Vorläuferin – die Organisation Gehlen – mobilisierte rund um den 17. Juni nicht weniger

planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR zu beginnen“. Dieser Beschluß sah auch die Schaffung eigener militärischer Einheiten vor – angefangen mit der Kasernierten Volkspolizei (KVP). Das Parteistatut wurde geändert. Die Zielstellung, zunächst die Einheit Deutschlands anzustreben und erst danach den Aufbau des Sozialismus in ganz Deutschland anzuvisieren, entfiel damit. Der wohl übereilte Schritt belastete die DDR-Wirtschaft schwer, was zu erheblichen Komplikationen führte. Überdies forderte Stalin von der DDR erhebliche militärische Anstrengungen. Die künftigen DDR-Streitkräfte mußten ausgerüstet und bewaffnet werden.

Am 13. März 1953 – kurz nach dem Tod des sowjetischen Partei- und Staatsführers – hatte das Politbüro des ZK der SED in Unkenntnis oder Verkenntnis der Machtkämpfe im Kreml noch „Maßnahmen zur Verwirklichung des Vermächtnisses des großen Stalin“ beschlossen. Das Papier war mit heißer Nadel genäht. Das Politbüro hatte zunächst vor, der Berliner Hochschule für Ökonomie den Namen Stalins zu verleihen, Magdeburg sollte ursprünglich in Stalinstadt und Fürstenberg in Karl-Marx-Stadt umbenannt werden.

Um der komplizierter gewordenen Wirtschaftslage in der DDR gegenzusteuern, faßte die Regierung am 28. Mai 1953 den Beschluß über administrative Normerhöhungen um zehn Prozent. Dafür, daß die Sowjetunion anfangs ein starkes Interesse an diesen Maßnahmen hatte, spricht u. a. die Tatsache, daß die in ihrem Auftrag herausgegebene Tageszeitung „Tägliche Rundschau“ schon am 17. Mai Einzelheiten des erst elf Tage später gefaßten Beschlusses veröffentlichte.

Am 10. Juni 1953 verbreiteten Rundfunk und Presse dann überraschend das Kommuniqué über einen „Neuen Kurs“. Darin war von Fehlern der Vergangenheit die Rede. Niemand erfuhr indes über Jahrzehnte hinweg etwas von der Vorgeschichte dieses Dokuments. In Moskau wurde damals hektisch und auch gegenläufig nach neuen Politikansätzen gesucht. Dabei ging es nicht nur um die DDR, sondern auch um die anderen sozialistischen Länder und die Sowjetunion selbst. Am 2. Juni 1953 wurden die Parteiführungen Ungarns, Polens und der DDR nach Moskau beordert. Die DDR-Delegation, der Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelßner angehörten, sah sich mit einem am Vortag gefaßten



Dieser Harburger Genosse nennt auf seinem Plakat die wahren Hintermänner von Reaktion, Konterrevolution und Faschismus.

als 558 Quellen und 17 Agentenführer auf DDR-Gebiet. Damit ist klar, daß aus einem ursprünglich rein wirtschaftlich orientierten Ostberliner Bauarbeiterstreik ein Putsch bis hin zu einem Volksaufstand werden sollte. Allerdings begann der Ausstand dann überraschend, ungeplant und ohne vorbereitete Strukturen.

Ein Jahr vor Stalins Tod – am 7. März 1952 – wurde die sogenannte Stalin-Note veröffentlicht, in der Moskau ungeachtet der Existenz der DDR „Verhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen“ vorschlug. Die Westmächte und Bundeskanzler Konrad Adenauer lehnten dieses Angebot ab. Dadurch wurde klar, daß es vermutlich auf lange Sicht zwei deutsche Staaten geben würde.

Auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952 beschloß die SED dann, „mit dem

Beschluß des Ministerrates der UdSSR „Über die Gesundung der Lage in der DDR“ konfrontiert. Darin wurde Berlin allein die Schuld an schweren politischen Fehlern gegeben. Die DDR-Abordnung war von der scharfen Kritik völlig überrascht. Sie wurde aufgefordert, buchstäblich über Nacht eine eigene Stellungnahme zu erarbeiten, aus der hervorgehen sollte, daß der erst 1952 beschlossene Aufbau des Sozialismus in der DDR verlangsamt oder beendet werde.

Die Verhandlungen, die oft kontrovers verliefen, dauerten drei Tage. Für die Ausarbeitung einer neuen Politikvariante, wie sie von der Sowjetregierung vorgegeben worden war, verblieben den DDR-Repräsentanten ganze vier Tage. Rudolf Herrnstadt, damals Kandidat des Politbüros, wurde mit der Ausarbeitung des Kommuniqués vom 9. Juni 1953 beauftragt. Grotewohl, Ulbricht und Herrnstadt traten gegen eine voreilige Veröffentlichung des unausgereiften Dokuments auf. Sie wiesen darauf hin, daß es nur Verwirrung unter der Bevölkerung stiften könne. Semjonow, der damalige Botschafter der UdSSR in der DDR, dem die Befürchtungen vorgetragen wurden, erwiderte nur: „Morgen muß das Kommuniqué in der Zeitung stehen!“ Es wurde dann am 10. Juni im ND veröffentlicht und löste sofort eine lebhaftes Fehlerdiskussion aus, die den DDR-feindlichen Kräften natürlich nicht entging. Mit anderen Worten: Der Beschluß des Präsidiums des ZK der KPdSU „Zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“ war das genaue Gegenteil dessen, was die UdSSR nach der II. Parteikonferenz verlangt hatte.

Zweifelloso haben die ungeklärten Machtverhältnisse in der Sowjetunion, Fehler in der Politik des SED-Politbüros und der DDR-Regierung sowie der massive Druck aus Moskau dazu beigetragen, daß es zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 gekommen ist.

Bereits am Mittag des 16. Juni bewegte sich ein Demonstrationszug aus Bauarbeitern von der damaligen Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee) in Richtung Alexanderplatz. Er gelangte bis zum Regierungsgebäude. Zur gleichen Zeit strömten randalierende junge Burschen durch das Brandenburger Tor in die Leipziger Straße, wo sie sich unter die Demonstranten mischten.

Der Publizist Fritz Selbmann hielt die Tatsache fest, daß zu diesem Zeitpunkt bereits DDR-feindliche Kräfte aus Westberlin, aufschlußreicherweise in blütenweißer Maurermontur, hetzerische Reden hielten und Parolen wie „Revolution, Freiheit, Aufstand“ in die Menge trugen.

Am 16. Juni abends fand im alten Gebäude des Friedrichstadtpalastes eine Berliner Parteiaktivtagung der SED statt. Dort wurde der „Neue Kurs“ bekanntgegeben und erläutert. Ein Satz in der Rede Otto Grotewohls, der bei der herrschenden Aufregung wohl etwas unterging, lautete:

„Die unvorhergesehenen Verteidigungsausgaben seit 1952 waren eine der ersten tiefen und einschneidenden Ursachen für die entstandenen wirtschaftlichen Verwerfungen.“

Am 17. Juni wurde der Ausnahmezustand verkündet, obwohl sich die Protestbewegung im Laufe des Tages bereits deutlich abgeschwächt hatte. Von westlicher Seite wurde unterdessen alles getan, um den ursprünglichen Bauarbeiterstreik zum „Volksaufstand“ umzufunktionieren. Der SPD-Politiker Egon Bahr, seinerzeit Chefredakteur des RIAS, ließ ungewollt die Katze aus dem Sack, als er schrieb: „Wir spürten, daß in der Zone der Druck zunahm und die Unzufriedenheit wuchs, weil die Normen erhöht wurden. ... Der Druck wurde so groß, daß etwas Unerwartetes passierte. Die Regierung korrigierte sich zu einem neuen Kurs.“

Bahr gibt zu, daß zunächst nur die Bauarbeiter in der Stalinallee gestreikt und sich ihnen dann andere Bürger angeschlossen hätten. Er gesteht sogar ein, daß Volkspolizisten anfangs den Demonstranten den Weg freihielten. Erst als man regierungsfeindliche Parolen skandiert habe und es zu Ausschreitungen gekommen sei, habe die Polizei eingegriffen. Bahr berichtet weiter: „Bereits am Nachmittag des 16. Juni erschien eine Abordnung der Streikenden beim RIAS mit dem Wunsch, der Sender sollte zum Aufstand in der Zone aufrufen. Meine Frage, ob der Aufstand organisiert sei mit anderen Städten usw., wurde verneint.“ Bahr bezeichnet die Leute, die zu ihm kamen, als „Streikkomitee“. Obwohl er nach seinen eigenen Worten wußte, daß es ohne Organisation keine „Revolution“ geben konnte, formulierte er sofort fünf Hauptforderungen, die dann vom RIAS übertragen wurden: Absetzung der Regierung, freie und geheime Wahlen, Senkung der HO-Preise bzw. Liquidierung der HO, Freilassung der politischen Gefangenen und Herabsetzung der Normen.

Als die Amerikaner, denen die Station gehörte, weitere Übertragungen des Aufrufs unterbanden, war der Zweck bereits erfüllt. Denn die fünf Forderungen wurden schon in vielen Städten der DDR verbreitet.

Wer sich das Vorgehen Bahrs und des RIAS vor Augen führt, dem wird schlagartig klar, daß ausländische, vor allem aber Westberliner Politiker und jugendlicher Pöbel von der „anderen Seite“, ihre Hände im Spiel hatten. Ihnen ging es nicht nur darum, die Stimmung anzuhetzen, sondern auch direkt zu Gewalt und Brandstiftungen zu animieren.

Am Abend des 16. Juni erhielt der RIAS die Meldung, daß sich am Vormittag des folgenden Tages Streikende am Strausberger Platz versammeln wollten. Wie man bei Bahr zwischen den Zeilen lesen kann, traten daraufhin die Amerikaner und RIAS-Mitarbeiter in Aktion. Nachdem der Sender auf Geheiß seiner US-Chefs den Aufruf nicht mehr verbreiten durfte, schickten diese selbst einen Jeep

nach Ostberlin, um sich an Ort und Stelle umzuschauen. Das Ergebnis: Nach der RIAS-Übertragung strömten sowohl nach Berlin als auch in andere Städte der DDR Scharen westlicher Aufrührer, vor allem jugendliche Rowdys, um die Bevölkerung anzustacheln, ihre Regierung zu stürzen und Bahrs fünf Forderungen durchzusetzen.

Dieser bekennt im nachhinein, daß es ohne den RIAS den „Aufstand“ so nicht gegeben hätte. Die US-Station war zum Katalysator des konterrevolutionären Putschversuchs geworden. Ein deutlicheres Eingeständnis gibt es wohl nicht. Die Vereinigten Staaten und vor allem die BRD haben sich massiv in die inneren Angelegenheiten der DDR eingemischt, wobei sie Schwierigkeiten und Fehlentscheidungen sowie die von Machtkämpfen in der UdSSR überschattete Situation ausnutzten. Damit wurde die Souveränität des zweiten deutschen Staates in gröblichster Weise verletzt.

Lediglich am 17. und 18. Juni gab es in der DDR Putschansätze, die in Städten wie Dresden, Jena, Görlitz, Halle, Magdeburg u. a. schärfere Formen annahmen, bis sowjetisches Militär auf seiten der noch ungefestigten DDR-Machtorgane eingriff und die Ordnung wiederherstellte. Insgesamt haben etwa sechs bis acht Prozent der DDR-Bürger an Streiks, Ausschreitungen und Demonstrationen teilgenommen. Kann man da von einem Volksaufstand sprechen?

Der Historiker Arnulf Baring, der bekanntlich nicht im Verdacht steht, ein Sympathisant der DDR gewesen zu sein, schrieb 1965: „Der Aufstand ist nicht durch sowjetische Panzer niedergewalzt worden. Der revolutionäre Wille war schon gebrochen, als die Russen aufmarschierten.“ Dieser notorische Antikommunist widerspricht damit der sattsam bekannten Rhetorik der meisten BRD-Medien, der „Aufstand“ sei von sowjetischen Panzern beendet worden.

Fazit: Am 17. Juni 1953 fand ein ganz normaler Streik von Bauarbeitern statt, der durch den RIAS und die personelle Einmischung antisozialistischer Kräfte zum Volksaufstand hochgeputscht werden sollte. Es war weder eine Konterrevolution, obwohl konterrevolutionäre Elemente natürlich eine gehörige Rolle spielten, noch ein Volksaufstand, weil dafür die strukturellen Voraussetzungen fehlten und weil sich nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung beteiligte. Als souveräner Staat hatte die DDR das Recht, sich selbst zu verteidigen und ihre Schutzmacht Sowjetunion um Hilfe zu bitten.

Wie wichtig den Imperialisten die Verdrehung der Wahrheit über den 17. Juni 1953 als Mittel zum Anheizen des Kalten Krieges war, zeigt sich auch darin, daß dieser Tag in der BRD zum Feiertag erklärt und die Verbindungsschausee zwischen Brandenburger Tor und Siegestsäule in „Straße des 17. Juni“ umbenannt wurde.

Günter Bartsch, Berlin

Über Radfahrer und „Radfahrer“

Streiflichter erhellen das „verordnete“ Leben der DDR-Bürger

In der BRD, wo es von Verordnungen geradezu wimmelt, kann der Begriff „verordnet“ durchaus abwertende Bedeutung erlangen, wenn er rückwirkend auf die DDR gemünzt ist; da war nicht nur das Schlechte, das Ketzerische, da war sogar das Gute „verordnet“, folglich ebenfalls schlecht, verwerflich. Man denke nur an den „verordneten Antifaschismus“.

Hier soll der Versuch unternommen werden, dieses „verordnete“ Leben etwas näher unter die Lupe zu nehmen – nicht die von Kinkel, sondern die von ahnungslosen DDR-Bürgern, die vor 25 Jahren nicht vermuten konnten, daß sie täglich ein „verordnetes“ Leben zu führen hatten.

In den 80er Jahren war ich in der Radtouristik, die sich damals zunächst schlicht Radwandern nannte, sehr aktiv. Ich hatte als 62-jähriger eine Sektion Radwandern bei der Betriebssportgemeinschaft Turbine des Energiekombinats Potsdam ins Leben gerufen, die sich bald Anerkennung im DDR-Maßstab erwarb. Unser Bekanntwerden brachte Arbeit und Verantwortung mit sich. Man berief mich in die Kommission Radwandern des Radsportverbandes der DDR. Ein „freiheitlich-parlamentarisches“ Aufnahmeverfahren gab es bei diesen Systemträgern nicht. So wurde ich einer von ihnen. Es fragte sich indes, welches Ressort mir zufallen würde. Das Ganze war natürlich mit keinerlei Diäten verbunden. Man bekam lediglich die Reisekosten erstattet. So etwas nannte sich damals „gesellschaftliche Arbeit“. Der DDR-Breitensport basierte auf der Bereitschaft Hunderttausender, die völlig selbstlos ihre Zeit für die Gemeinschaft zur Verfügung stellten. Flankiert wurde unsere Tätigkeit von einem Netz gebührenfreier Schulungen zur Ausbildung von Übungsleitern, Fahrtenleitern, Sektionsleitern usw. Mir wurde das Ressort Presse/Medien zugeteilt. Gut, ich las viel Zeitung, hörte Rundfunk, besaß aber kein Fernsehgerät. Dennoch wurde ich für „tauglich“ befunden und mit 65 „auf Schule“ in die Redaktion „Der Radsportler“ geschickt.

Die Arbeit machte Spaß. Ich legte diverse Schnellhefter an, verfaßte Artikel, fotografierte, suchte Sportgemeinschaften vor Ort auf. Vor allem aber hatte ich für unsere Kommission einen Jahresbericht über die Aktivitäten von Presse und Rundfunk aus der Sicht des Radsports, speziell des Radwanderns, vorzulegen.

Im Juni 1983 initiierten die Zeitschrift „FF dabei“ und das „Magazin am Morgen“

von Radio DDR eine Umfrage. Das Blatt zeigte das Foto einer radelnden Familie. Den Lesern und Hörern wurde die Aufgabe gestellt, herauszufinden, wer die Familie wohl sei, und etwas ausführlicher zu erzählen, welche radsportlichen Erlebnisse man selbst habe verbuchen können. Die beiden Redaktionen erreichte eine Flut interessanter Einsendungen, z. T. mit Fotos. Viele wurden veröffentlicht, einige sogar prämiert. Die gesuchten Radler erwiesen sich als die Familie des



Er begeisterte Generationen und blieb der Sache treu: Friedensfahrtsieger Gustav Adolf Schur

Weltmeisters und Olympiasiegers Gustav Adolf Schur – genannt „Täve“.

Mir als „Presseman“ war sofort klar, daß aus dieser Resonanz mehr zu machen sei. Der Sender übergab mir seine wertvolle Sammlung von Zuschriften, so daß wir nützliche neue Verbindungen anknüpfen konnten.

Ein damals hergestellter Kontakt ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Es war die Bekanntschaft mit der Pionierexpedition „Meine Heimat DDR 68“ aus Kahlau im Spreewald. Damals gehörte so etwas zum Alltag. Heute würde eine solche Initiative naserümpfend unter „verordnet“ fallen. Der Kunsterziehungslehrer einer Kahlauer Schule war Geist und Herz dieses etwas ungewöhnlichen Unterfangens. Er hatte es sich in den Kopf gesetzt, mit einer Gruppe von etwa 40 durchtrainierten Schülern bis an die Ostsee nach Göhren auf Rügen zu fahren.

Das Vorhaben wurde in Kahlau Stadtgespräch. Die Presse – auch so etwas gab es in der DDR – schaltete sich ein. Mit starker gesellschaftlicher Unterstützung kamen die Ausrüstung – Zelte, Fahrräder, Anoraks, Kochgeschirr, Konserven – und auch das nötige Geld zusammen. Mir wurde die Ehre zuteil die „Expedition“ als ältestes Mitglied zu begleiten. Es ging in Etappen

von 50 bis 60 Kilometern nordwärts. Selbstverständlich machten wir uns unterwegs mit verschiedenen Sehenswürdigkeiten vertraut. Vor allem auch Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes standen auf unserem Programm. Disziplin, Ausdauer und Hilfsbereitschaft waren auf dieser Tour vorbildlich. Unsere kleine Zeltstadt mußte jeden Abend aufgebaut und morgens wieder abgerissen werden. Wir unterhielten ständig Verbindung zu unserer Lokalzeitung, eine Schüle-

rin war beauftragt, ihr jeweils einen telefonischen Tagesbericht zu übermitteln, so daß nicht nur die lieben Angehörigen, sondern die ganze Stadt gewissermaßen „mitfahren“. Sofort nach unserer Rückkehr erschien im Blatt eine ganzseitige Fotoreportage von mir. Uns hatte überdies ein Kamerateam des DDR-Fernsehens begleitet, so daß unsere Abenteuer auch über die damals noch keineswegs flachen Bildschirme der Republik gingen. Den Birthlers und Knabes bliebe nur noch herauszufinden, wer das alles „verordnet“ hatte.

Heute bekommen die erhalten gebliebenen Antwortbriefe auf die erwähnte Ratesendung zur Familie Täve Schurs einen völlig neuen Stellenwert bei der

Beurteilung unseres „verordneten“ Lebens. Sie sprudeln geradezu von „nicht verordnetem“ Glück. Mehr noch: Die Verfasser haben das Bedürfnis, ihre Erfahrungen und Erlebnisse mit anderen zu teilen, also öffentlich zu machen. Von „unvergesslichen Eindrücken“ und „nachwirkenden Begegnungen“ ist da die Rede.

Unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte, d. h. mit verkürzten Namen, möchten wir im folgenden einige Passagen dieser Zeitdokumente wiedergeben.

Heinz A. aus Teltow schrieb: „Zweimal war ich mit dem Fahrrad in der Volksrepublik Polen, und zwar in der Hafenstadt Szczecin. Im Dorf Ognica habe ich auch die sprichwörtliche polnische Gastfreundschaft kennengelernt. Dort versorgte mich ein Bauer freigiebig mit Speis' und Trank, nachdem ich über 20 Stunden ununterbrochen gefahren war, so daß ich gegen Morgen erschöpft auf dem Anger des Ortes liegenblieb. Er lud mich in sein Haus ein, wo ich großzügig bewirtet wurde. Es war für mich das größte Erlebnis, zeigte es doch im Kleinen das inzwischen enge Verhältnis zweier Völker, die durch die Oder-Neiße-Friedensgrenze verbunden sind.“ „Als schönste Fahrt“ bezeichnete Helmut K. aus Herzberg „die Tour mit acht Jungen und vier Mädchen einer 10. Klasse

nach Prag. Wir waren 4 Kilometer vor der Hauptstadt der ČSSR Gäste einer landwirtschaftlichen Genossenschaft, die mit einer LPG unseres Kreises seit über 20 Jahren enge Beziehungen unterhält.“ Über die ersten schweren Jahre nach dem Krieg schrieb Gertrud W. aus Altdöbern: „Am 26. Mai 1946 ist durch Blitzschlag unser Stall abgebrannt. Nun hieß es ihn wieder aufbauen. Material war schwer zu bekommen. Da wurde mir geraten: Fahren Sie nach Luckenwalde, da wird gerade eine Ziegelei umgebaut. Nun wußte ich zwar nicht, wie weit Luckenwalde von uns entfernt ist, aber wir brauchten dringend Dachziegel, stand doch der Winter vor der Tür. Also habe ich mich an einem diesigen Morgen mit dem Fahrrad auf den Weg gemacht. Nun war das aber kein solches Gefährt, wie sie heute üblich sind. Es war nicht nur alt und unansehnlich, sondern besaß auch keine richtige Bereifung. Am Hinterrad befand sich ein Kabel und vorne waren kleine Gummiteilchen. Wir nannten es damals ‚Stalin-Bereifung‘... Den Berg hinauf lief ich. Hinunter bin ich solange gefahren, bis die Kette riß. Ich mußte abermals nach oben und eine neue holen. Da mir in Heinersdorf niemand helfen konnte, fuhr ich drei Kilometer weiter bis zum nächsten Dorf. Dort reparierte man mir die Kette, so daß ich schließlich meine Fahrt fortsetzen konnte. Im Dunkeln in Luckenwalde angekommen, blieb ich dort über Nacht. Mit den glücklicherweise ergatterten Dachziegeln trat ich dann am nächsten Morgen die Rückfahrt an. Um drei Uhr nachmittags war ich zu Hause. Der Hunger hatte mich schneller heimwärts getrieben. Es war eine schwere, aber schöne Fahrt.“

Gertrud S. aus Dresden unternahm einen Abstecher in die Geschichte: „Beim Internationalen Jugendtreffen, das 1929 in Wien stattfand, lernte ich meinen Mann kennen. Ich war noch 17, er gerade mal 19. Ich hing gewissermaßen am Schürzenzipfel der Mutter, die als Betreuerin für die Mädchen der Dresdner SAJ-Gruppe mit nach Wien fuhr. Seit den Erlebnissen dort sind wir zusammengeblieben. Damals begannen unsere sonntäglichen Radtouren mit meiner Mutter sowie den Eltern und Geschwistern meines Mannes. Sie waren alle SPD-Genossen. Auch wir seit 1925 und 1929.“

Alter ist für das Erleben, für das Glücksgefühl kein Hindernis. August K. aus Salzwedel schrieb: „Oftmals begegneten mir Sturm und Regen, Hitze, Kälte und Schnee – doch nichts konnte mich von meinem Vorhaben abhalten, hatte ich mir doch vorgenommen, bis zum Deutschen Turn- und Sportfest 1000 Meilen zu schaffen. Ich war stolz, daß ich bereits einige

Wochen zuvor – kurz nach meinem 74. Geburtstag – die Ehrenurkunde in Empfang nehmen konnte. Wenn es auch oftmals mit den Nachtquartieren schlecht bestellt war – es kam schon vor, daß ich im Freien nächtigen mußte – überwiegend doch die netten Gesten der Kollegen und der Einwohner, denen ich unterwegs begegnete.

Ich denke dabei an den Bürgermeister der Gemeinde Kemnitz im Kreis Premnitz, der mir mein Eintreffen bestätigte. Man lud mich dort zu einer Kaffeetafel ein. Ich wurde sogar gebeten, die Runde mit einigen Liedern zu erfreuen.



Kurzer Halt am Lenin-Denkmal in Eisleben bei der Durchfahrt auf der Route Potsdam–Eisenach, die an einem Tag bewältigt wurde (dritter von rechts: Walter Ruge)

Von Rostock kommend begegnete ich um 5.30 Uhr dem Milchmann. Er bot mir im Gespräch eine Flasche Milch an. Im Nachbardorf wurde ich dann gleich zum Frühstück eingeladen. Ein anderes Mal kam ich kurz vor Meißen in einem Geschäft mit Kunden über die Nützlichkeit des Radwanderns ins Gespräch. Auch hier bewirtete man mich mit Milch und leckerem Gebäck.“

Schließlich will ich noch der Familie H.-Joachim Sch. aus Mühlhausen das Wort geben: „Im Sommer 82 hatten wir die Idee, aus unseren zwei Klapprädern ein Tandem zu bauen. Nach vielen Probefahrten in der bergreichen Thüringer Landschaft und manchen Veränderungen reichten wir unsere Konstruktion in der Absicht, auch anderen Menschen ein verkehrssicheres Gefährt zugute kommen zu lassen, beim Patentamt ein. Da ein solcher Vorgang jedoch nicht unkompliziert ist, zumal wir in keinem Betrieb arbeiteten, der daraus Nutzen hätte ziehen können, verzichteten wir nach dem ersten Prüfbescheid des Patentamtes auf eine Weiterverfolgung unseres Anliegens. Vor allem spart man bei einem Tandem dieser Art viel Material ein. Es ist ein schönes Fortbewegungsmittel für zwei Personen. Überall, wo wir hinkommen, findet es Anklang und Zuspruch.“ Abschließend noch ein

paar Zeilen aus Weimar. Die Diplom-Ingenieurin und Architektin Hannelore N. schrieb: „Wir brachen zeitig auf. Runde 70 Kilometer hatten wir uns vorgenommen. Wir waren beide nicht gerade sehr geübte Radfahrer. Als wir an den Kasernen der Sowjetarmee vorbeifuhren, wunderten wir uns, daß zu so früher Stunde schon die gesamte Beschallungsanlage voll aufgedreht war. Musik an allen Ecken und Kanten. Ein eigenartig aufgeregtes Gewimmel von Soldaten.

Wir empfanden, daß irgend etwas los sein mußte. Eine Erklärung hatten wir zunächst nicht. Da kam uns der Zufall zu Hilfe. Die

Musik brach ab, und aus sämtlichen Lautsprechern erschallte es: „Goworit Moskwa – hier spricht Moskau“.

Wir blieben sofort stehen. Nun vernahmen wir die Meldung: „Der Sowjetbürger Juri Gagarin befindet sich als erster Mensch im Weltall.“ Der restliche Text ging in einem unvorstellbaren Jubel unter. Die Soldaten umarmten sich und wirbelten durch die Luft. Ich habe meiner Freundin ganz schnell die Meldung übersetzt, und wir jubelten spontan mit.

Unsere Radtour haben wir danach fortgesetzt, aber die freudige Erregung in uns hielt lange an. Als wir am Abend müde und abgekämpft wieder bei unseren Kommilitonen eintrafen, wollten diese uns gleich die Neuigkeit erzählen. Wir berichteten ihnen

von unserem Erlebnis am Morgen. Dabei waren wir nicht wenig stolz darauf, zu den allerersten in unserer Republik zu gehören, die von dem Ereignis wußten.“ Was die Sportfreundin hier beschrieben hat, geschah am 16. April 1961. Im Jahr 1978 vermeldete die DDR dann ihren eigenen Kosmonauten Siegmund Jähn. An einen BRD-Bürger im Weltall war zu jener Zeit noch lange nicht zu denken.

Wir konnten Siegmund Jähn später mit seinem sowjetischen Kosmospartner Valeri Bykowski in Potsdam stürmisch begrüßen. Die da keine Mittel und Mühen scheuen, unser angeblich so freudloses Nischendasein in der DDR in den düstersten Farben zu malen, gönnen den Menschen im Osten Erlebnisse der geschilderten Art in keiner Weise. Sie passen nicht zur verkrüppelten „Aufarbeitung der Geschichte“, wie man sie heutigen Schülern eintrichtert.

Als Zeitzeugen sollten wir mit der Wahrheit unserer Erfahrungen dagegenhalten und es nicht den Klitterern überlassen, ihr Spiel mit gezinkten Karten ungestört fortzusetzen. Wissen wir doch am besten, wie die DDR tatsächlich „von innen“ aussah. Die hier zitierten Radfahrerbriefe beweisen es auf ihre Weise. Sie kontrastieren scharf mit dem, was die „Radfahrer“ der heute in Deutschland Herrschenden von sich zu geben pflegen.

Walter Ruge